

Bericht an den Finanzausschuss des
Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Univ.-Prof. Mag. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur
Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber, Vize-Gouverneur
Oesterreichische Nationalbank

November 2024

I. Wirtschaftliche Entwicklung, Prognosen, Geldpolitik und internationale Kooperation¹

Aussichten für das Weltwirtschaftswachstum bleiben stabil

Das Jahr 2024 weist ein stabiles globales Wachstum auf und die Inflation ist tendenziell rückläufig. Den Prognosen zufolge wird das globale Wachstum in den folgenden zwei Jahren – im Durchschnitt – auf dem Niveau von 2024 bleiben (etwa 3,2 %). Obwohl es nur geringfügige Revisionen der globalen Wachstumsaussichten gab, gab es teilweise Aufwärts- und Abwärtsrevisionen auf Länderebene. So wurde beispielsweise das Wirtschaftswachstum der USA gegenüber der ursprünglichen Prognose z. B. vom Internationalen Währungsfonds nach oben korrigiert, während jenes Chinas nach unten korrigiert wurde.

Es wird erwartet, dass die weltweite Inflation in den nächsten Jahren ihren Abwärtstrend fortsetzt, wobei die fortgeschrittenen Volkswirtschaften ihre Inflationsziele früher erreichen werden als die Schwellenländer. Die größten Herausforderungen stellen die Inflation bei Dienstleistungen und geopolitische Konflikte dar, die sich auf die Energie- und Rohstoffpreise auswirken könnten.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft kann angesichts des stabilen globalen Wachstums und der rückläufigen Inflation als „soft landing“ bewertet werden. Dieses Jahr war durch eine Änderung des geldpolitischen Kurses gekennzeichnet, da die Geldpolitik gelockert wurde. Dies gilt sowohl für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften (z. B. die USA) als auch für die Schwellenländer (z. B. China).

Die Risiken sind angesichts der möglichen Eskalation des Konflikts im Nahen Osten (und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Energiepreise) und der zunehmenden Handelsspannungen eher nach unten gerichtet. Es bestehen auch Risiken im Zusammenhang mit klimawandelbedingten Naturgefahren wie Hitzewellen, Bränden und Dürren einerseits und starken Regenfällen und Überschwemmungen andererseits. Beispiele hierfür sind die Wirbelstürme in den USA in der zweiten Jahreshälfte 2024. Weiters wird – ausgehend vom Präsidentschaftswahlkampf – erwartet, dass die neue Regierung in den USA die Zölle um 10 bis 20 Prozent anheben wird (gegenüber China möglicherweise noch mehr) und eine härtere Gangart gegen illegale Einwanderung einschlagen wird. Darüber hinaus ist mit Steuersenkungen zu rechnen.

Euroraum: Langsame BIP-Erholung, Inflationsziel wird 2026 erreicht

Für den Euroraum bleibt auch im Herbst 2024 eine konsumgetriebene Erholung das zentrale Prognoseszenario. Das real verfügbare Einkommen legt durch ein weiterhin robustes Lohnwachstum zu. Allerdings bleibt der Impuls des privaten Konsums 2024 schwach, da das gedämpfte Verbrauchervertrauen und erhöhte Sparneigungen noch spürbar sind. Die Unternehmensinvestitionen schrumpften im ersten Halbjahr, für das zweite Halbjahr rechnet das Eurosystem jedoch mit einem moderaten Zuwachs. Eine Beschleunigung des Konsumwachstums sowie eine zunehmende Investitionstätigkeit führen in den kommenden Jahren zu einem robusten Beitrag der Inlandsnachfrage zum Wachstum. Während das BIP in der ersten Hälfte des Jahres 2024 noch von einem starken Exportwachstum profitierte, das sich in einem positiven Beitrag der Nettoexporte widerspiegelte, führt das Wiedererstarben der Importe – im Sog des Konsums und

¹ Redaktionsschluss für den Bericht: 20. November 2024.

der Investitionen – dazu, dass die Nettoexporte keinen wesentlichen Impuls zum Wachstum mehr liefern werden. Die Wahl von Donald Trump zum nächsten US-Präsidenten und dessen Ankündigungen zur Einschränkung des Handels durch Zölle stellt darüber hinaus ein wesentliches Abwärtsrisiko für den Handel und in weiterer Folge auch für das BIP dar. Der Euroraum wird in den kommenden Jahren robust und etwas über seinem Potenzial zulegen. Im September erwartete die Europäische Zentralbank (EZB) ein reale BIP-Wachstum von 0,8 % im Jahr 2024, 1,3 % im Jahr 2025 und 1,5 % im Jahr 2026.

Die HVPI-Inflation sank im Euroraum im September erstmals seit dem Inflationsschock auf unter 2 % (1,7 %) und lag im Oktober laut Schnellschätzung bei 2,0 %. Für das letzte Quartal des Jahres rechnet die EZB in der Septemberprognose mit einem sanften Anstieg der Inflation. Im kommenden Jahr wird mit einer kontinuierlichen Abnahme gerechnet, sodass die HVPI-Inflation bis Ende 2025 das Inflationsziel erreicht. Der kurzfristige Anstieg ist hauptsächlich auf Basiseffekte im Energiesektor zurückzuführen. Mittelfristig dürfte sich die Energieinflation bei niedrigen positiven Raten stabilisieren, bedingt durch die Erwartungen hinsichtlich der Rohstoff- und Großhandelspreise im Energiesektor sowie geplante fiskalische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel. In Summe erwartet die EZB in ihrer Septemberprognose eine HVPI-Inflation von 2,5 % für 2024, 2,2 % für 2025 und 1,9 % für 2026. Der drohende Handelskonflikt geht mit einem Aufwärtsrisiko für die Inflationsentwicklung in den USA aber auch in Europa einher.

Die EZB setzt im Herbst ihren eingeschlagenen Zinssenkungszyklus fort und reduzierte in zwei Schritten von jeweils 25 Basispunkten den für die Märkte relevanten Einlagezinssatz auf nunmehr 3,25 %. Die EZB betont im Oktober 2024 einmal mehr, dass zukünftige Zinsbeschlüsse unter Abwägung von drei wesentlichen Kriterien erfolgen werden: (1) der Beurteilung der Inflationsaussichten vor dem Hintergrund aktueller Wirtschafts- und Finanzdaten, (2) der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation sowie (3) der Stärke der geldpolitischen Transmission. Hierbei wird die EZB weiterhin meeting-by-meeting entscheiden und legt sich nicht im Voraus auf einen bestimmten Zinspfad fest.

CESEE: Rezession in der Industrie bremst wirtschaftliche Erholung und Inflation bewegt sich seitwärts

Die Flaute in der Industrie drückt weiter auf das Wachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE). Erste verfügbare Zahlen deuten auf eine Stagnation der Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2024 hin, nachdem das BIP bereits im ersten Halbjahr 2024 nur verhalten zugenommen hat. Die Industrie befindet sich seit Anfang 2023 durchgehend in der Rezession. Das schlägt sich aufgrund der starken Exportorientierung des Sektors einerseits in einem schwächeren Außenbeitrag zum BIP-Wachstum nieder. Andererseits wird dadurch – trotz robuster Arbeitsmarktlage und steigender Realeinkommen – auch die allgemeine Wirtschaftsstimmung getrübt. Positive Wachstumsimpulse kommen vor allem vom privaten Konsum, in einigen Ländern aber auch von den Staatsausgaben.

Die Prognosen für die CESEE-Region wurden in den letzten Monaten etwas nach unten revidiert. So erwartet etwa das wiiw in seiner aktuellen Prognose vom Oktober 2024 ein durchschnittliches Wachstum von 2,2 % im Jahr 2024 und von 2,9 % im Jahr 2025. Im Juli ging das Institut noch von 2,6 % in 2024 bzw. von 3 % in 2025 aus.

Der rasche Disinflationprozess, den die CESEE-Region seit Anfang 2023 erlebt hatte, kam in den letzten Monaten zum Stillstand und die durchschnittliche Teuerung bewegte sich im letzten halben Jahr zwischen 3,5 % und 4 % (3,6 % im September 2024). Verantwortlich dafür

waren nachlassende negative Basiseffekte und eine Reihe von Sondereffekten, die sich vor allem auf die Energie- und Lebensmittelpreise auswirkten. Rückläufig waren hingegen die Inflationsbeiträge von Industriegütern, wodurch die Kerninflation – trotz anhaltend starkem Preisdruck aus dem Dienstleistungssektor – etwas gedämpft wurde. Die aktuellen Preisentwicklungen haben bei den Notenbanken der Region zu einem etwas vorsichtigeren weiteren Vorgehen im Zinssenkungszyklus geführt: Die letzten Zinsschritte in Ungarn und Tschechien fielen etwas schwächer aus als noch in der ersten Jahreshälfte, und die polnische Notenbank verzichtete in den letzten Monaten gänzlich auf weitere Zinssenkungen. Im Gegensatz dazu reduzierte die rumänische Notenbank im Juli und August 2024 erstmalig in diesem Zinszyklus ihre Leitzinssätze.

Österreich: Österreichische Wirtschaft verharnt in Rezession, Inflationsschock kommt zu einem Ende

Die Wirtschaftsleistung in Österreich schrumpfte seit ihrem Höhepunkt im zweiten Quartal 2022 bis zum zweiten Quartal 2024 um insgesamt 2,1 %. Für diese Entwicklung gibt es zwei wesentliche Ursachen: die Industrierezession und eine ausgeprägte Konsumzurückhaltung. Die Industrie leidet vor allem unter der Schwäche der internationalen Konjunktur. In Deutschland ist die Konjunkturschwäche besonders ausgeprägt, wovon die österreichische Industrie aufgrund der engen Verflechtungen mit dem Nachbarland stark betroffen ist. Neben der schwachen Auslandsnachfrage entwickelt sich die inländische Nachfrage für viele Sektoren ungünstig. Vor allem Hersteller von Investitionsgütern sowie baunahe Sektoren sind davon betroffen. Die Interimsprognose der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zeigt, dass vor allem die energieintensiven und baunahen Industriebereiche die Industrierezession erklären. Trotz starker Einkommenszuwächse blieb die Konsumententwicklung zuletzt unter den Erwartungen. Ursache dafür ist eine anhaltend schlechte Stimmungslage bei den Konsument:innen. Diese Verunsicherung geht mit einem signifikanten Anstieg der Sparquote einher. Der OeNB-Konjunkturindikator vom September 2024 signalisiert für das dritte Quartal 2024 einen weiteren Rückgang des realen BIP um 0,2 % und für das vierte Quartal eine Stagnation. Aufgrund dieser veränderten Wachstumsaussichten für das zweite Halbjahr wird die Prognose für das reale BIP-Wachstum im Jahr 2024 um einen Prozentpunkt auf –0,7 % und für 2025 um 0,8 Prozentpunkte auf 1,0 % gesenkt. Aufgrund der schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung wird auch mit einer höheren Arbeitslosenquote von 7,1 % für 2024 und 7,5 % für 2025 gerechnet.

Die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Inflationsrate erreichte im Jänner 2023 mit 11,6 % ihren Spitzenwert. Seither bildete sich die Teuerung stetig zurück und erreichte im Oktober 2024 laut Statistik Austria 1,8 %. Damit befindet sich die HVPI-Inflation aktuell auf dem niedrigsten Stand seit Mitte 2021. Der Rückgang der HVPI-Inflationsrate von 2023 auf 2024 geht auf alle Hauptkomponenten des HVPI zurück, vor allem aber auf Industriegüter ohne Energie sowie Energie und Nahrungsmittel. Die schwache Nachfrage, aber auch rückläufige Produzentenpreise sind dafür ausschlaggebend. Zudem wird in der zweiten Jahreshälfte 2024 mit weiteren Preissenkungen bei Haushaltsenergiepreisen gerechnet. Bei den Dienstleistungen verhindert jedoch die dynamische Lohnkostenentwicklung einen rascheren Rückgang der Inflationsrate. Die Kerninflation erreichte im April 2023 den Spitzenwert von 8,3 % und verringerte sich bis Juli 2024 auf 3,7 %. Laut der aktuellen Inflationsprognose wird die HVPI-Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2024 auf 2,9 % sinken (2023: 7,7 %). Dafür sind sowohl die schwache Konjunkturentwicklung als auch die zurückgehende Kostenentwicklung auf Erzeugerebene verantwortlich. In den Folgejahren ist auch aufgrund auslaufender Fiskalmaßnahmen im Energiesektor mit einem langsameren Rückgang der Teuerung zu rechnen.

Für 2025 erwartet die OeNB eine HVPI-Inflationsrate von 2,3 % und für 2026 einen Wert von 2,2 %.

Geldpolitik: Senkung der Leitzinsen bei gleichzeitiger Reduktion der Bilanzgröße

Am 6. Juni 2024 entschied der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB), den restriktiven Kurs der Geldpolitik schrittweise zu lockern, da die Inflationsraten spürbar zurückgingen. Seitdem wurden die geldpolitischen Leitzinsen in drei Schritten (im Juni, September und Oktober) um insgesamt 75 Basispunkte gesenkt. Der Zinssatz für die Einlagenfazilität, der als Referenz für die Geldmarktzinsen dient, liegt dementsprechend seit dem 23. Oktober 2024 bei 3,25 %.

Bereits im Vorfeld der ersten Leitzinssenkung begannen die Märkte auf die erwartete Lockerung zu reagieren. Sowohl der 12-Monats-Euribor als auch der 3-Monats-Euribor, beide wichtige Referenzzinssätze für Kredite in Österreich, begannen ihre Abnahme bereits Anfang 2024. Zudem treiben die Erwartungen bevorstehender Leitzinssenkungen die Geldmarktzinsen weiter nach unten. Der 3-Monats-Euribor sank dementsprechend seit seinem Höhepunkt von 4 % auf zuletzt 3 % (und damit um rund 100 Basispunkte). Dies wirkt sich positiv auf die Kreditkosten für österreichische Bankkund:innen aus, die mittlerweile eine leichte Abwärtsbewegung aufweisen: Der Gesamtindikator für die Kreditzinskosten österreichischer Unternehmen sank seit dem Frühjahr 2024 um knapp 50 Basispunkte, während jener für österreichische Wohnbaukredite um knapp 20 Basispunkte abnahm.

Auch auf der Bilanzseite des Eurosystems gibt es deutliche Veränderungen: Mitte 2022 erreichte die konsolidierte Bilanz mit 8,8 Bio EUR ihren Höchststand. Seitdem wurden langfristige Kredite an Banken im Rahmen des TLTRO-III-Programms in Höhe von knapp 2,2 Bio EUR getilgt. Nur 29 Mrd EUR dieser Kredite stehen noch aus und laufen zum Jahresende aus.

Zusätzlich reifen die im Rahmen der geldpolitischen Programme erworbenen Wertpapiere kontinuierlich ab. Seit Mitte 2022 beläuft sich dieser Rückgang auf rund 0,6 Bio EUR. Der Abbau der Bilanz auf der Aktivseite spiegelt sich vor allem im Rückgang der Zentralbankreserven der Banken auf der Passivseite wider.

Internationale Kooperation

Staff Visit des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit Österreich

Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Überwachung stattete der IWF-Stab Österreich vom 5. bis 10. September 2024 einen Besuch ab und führte Gespräche u.a. mit hochrangigen Vertretern der OeNB, der FMA, des Bundesministeriums für Finanzen, des Fiskalrats, des Produktivitätsrats, des WIFO, sowie weiteren Institutionen und Unternehmen.

Jahrestagung IWF/Weltbank im Oktober 2024

Von 21. bis 26. Oktober 2024 fand in Washington, D.C., die Jahrestagung des IWF und der Weltbankgruppe statt. Bereits zum sechsten Mal seit dem Frühjahr 2022 konnte keine Einigung über die Formulierungen bezüglich verschiedener geopolitischer Konflikte erzielt werden, sodass der Vorsitzende des Lenkungsausschusses des IWF (*International Monetary and Financial Committee*, IMFC), der saudi-arabische Finanzminister Mohammed Aljadaan, zwar ein eigenes Statement veröffentlichte, jedoch keine Einigung auf ein IMFC-Kommuniqué erfolgte. Das Statement betonte, dass der IWF eine wichtige Rolle für die globale Finanzstabilität und für nachhaltiges Wachstum spielt. Als besondere Fortschritte werden die Verbesserung der Unterstützung für einkommensschwache Länder erwähnt sowie eine stärkere Vertretung Afrikas im Exekutivdirektorium durch die Etablierung eines 25. Sitzes im Exekutivdirektorium für

Subsahara-Afrika. Ebenso hebt das Statement die Bedeutung der anstehenden 17. Quotenrevision für eine Umverteilung („*re-alignment*“) der Quotenanteile im IWF hervor, damit die relative Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten besser widerspiegelt werde.

Gemäß Stimmrechtsgruppenabkommen vertrat Österreich unsere IWF-Stimmrechtsgruppe im IMFC und gab ein Statement für die Stimmrechtsgruppe ab.

16. Quotenrevision des IWF: Inkrafttreten verzögert sich, IWF beschließt Übergangsmaßnahmen

Für das Inkrafttreten der 16. Quotenrevision müssen IWF-Mitglieder, die mindestens 85 % der Quotenanteile repräsentieren, ihrer jeweiligen individuellen Quotenerhöhung zustimmen. Österreich notifizierte im Oktober 2024 und somit zeitgerecht seine individuelle Zustimmung zur 16. Quotenrevision an den IWF; das dafür erforderliche österreichische IWF-Quotenerhöhungsgesetz 2024 trat im Juni 2024 in Kraft. Per 31. Oktober 2024 lag dem IWF allerdings erst die Zustimmungen von 42 Mitgliedern (respektive 36,65 % der Quotenanteile) zur Quotenerhöhung vor, sodass der IWF die Frist zur Abgabe dieser Zustimmungen bis 15. Mai 2025 verlängerte. Wann die 16. Quotenrevision tatsächlich in Kraft tritt, hängt davon ab, wie lange es bis zum Vorliegen der erforderlichen Zahl der Zustimmungen dauert.

Für die Übergangszeit, bis die Quotenerhöhung in Kraft tritt, wurden vom IWF sogenannte Übergangsmaßnahmen („*transitional arrangements*“) beschlossen, die sicherstellen, dass die IWF-Kreditvergabekapazität durchgehend in unveränderter Höhe erhalten bleibt. Daher wurde eine vorübergehende Laufzeitverlängerung des bilateralen Darlehens der OeNB mit dem IWF um weitere drei Jahre bis längstens 31. Dezember 2027 beschlossen. Darüber hinaus wurde die Teilnahme Österreichs an den NAB („*New Arrangements to Borrow*“) um weitere 5 Jahre verlängert (2026-2030). Mit Inkrafttreten der 16. Quotenrevision erfolgt eine korrespondierende Reduzierung der österreichischen Beteiligung an den NAB (die dafür erforderliche Notifikation Österreichs ist ebenfalls bereits zeitgerecht erfolgt), und das bilaterale Darlehen der OeNB mit dem IWF läuft aus.

Nominierung für IMF Alternate Governor für Österreich; neuer Exekutivdirektor vertritt österreichische Stimmrechtsgruppe beim IWF

Mit Schreiben von 7. November 2024 an den Bundesminister für Finanzen ersuchte die OeNB um Nominierung der designierten Vize-Gouverneurin Mag. Edeltraud Stiftinger als Alternate Governor für Österreich beim IWF. Sie folgt in dieser Funktion auf Vize-Gouverneur Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber.

In der IWF-Stimmrechtsgruppe, der Österreich angehört, ist gemäß dem aktuellen Stimmrechtsgruppenabkommen die Türkei an der Reihe den Exekutivdirektor zu stellen. Herr Yigit Korkmaz Yasar hat von 1. November 2024 bis 31. Oktober 2026 diese Position inne. Österreich stellt mit Mag. Christian Just weiterhin den Alternate Executive Director.

II. Banken und Finanzmärkte

Gute Profitabilität als Grundlage für verbesserte Kapitalisierung

Der österreichische Bankensektor war im Jahr 2023 hoch profitabel. Mit einem Periodenergebnis von 7,0 Mrd EUR setzte sich die positive Entwicklung im 1. Halbjahr 2024 fort. Dazu trug neben dem Auslandsgeschäft, das vor allem von den österreichischen Tochterbanken in Zentral, Ost- und Südosteuropa (CESEE)² getragen wird, auch die straffere Geldpolitik bei. Letztere, da Zinserhöhungen im Kreditgeschäft durch den hohen Anteil variabel verzinster Kredite rasch weitergegeben wurden, während die Einlagenseite träge reagierte, was sowohl auf das Banken- als auch auf das Kundenverhalten zurückzuführen ist. Die Zinserhöhungen schlugen sich daher in einem deutlichen Anstieg der Zinsmarge nieder. Die Gewinne wurden seitens der österreichischen Banken für den weiteren Kapitalaufbau und damit zur Stärkung der Resilienz genutzt. Die konsolidierte harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) erreichte im zweiten Quartal 2024 17,7 % und lag damit über dem EU-Durchschnitt von 16,4 %. Auch im europäischen Großbankenvergleich überholten die österreichischen SIs (*Significant Institutions*) erstmals im Jahr 2023 mit einer CET1-Quote von 16,3 % die Quote von vergleichbaren Instituten (15,9 %). Dies blieb auch im zweiten Quartal 2024 so.

Trotz dieser positiven Entwicklung sollte die gute Profitabilität der Banken weiterhin zum Erhalt, bzw. wo notwendig zur Stärkung der Resilienz genutzt werden, da die schwache Wirtschaftsentwicklung bereits zu einem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen führte, was wiederum mehr Kreditausfälle bei den Banken verursachte.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen führen vor allem bei Unternehmenskrediten zu Kreditausfällen

Die Rezession der österreichischen Wirtschaft führte gegen Jahresende 2023 zu einer Verschlechterung der Kreditqualität bei den heimischen Banken. Die konsolidierte notleidende Kredite (NPL)-Quote stieg zwischen 2022 und 2023 von 2,1 % auf 2,6 % und erhöhte sich im zweiten Quartal 2024 auf 2,7 %. Der Anstieg war vornehmlich vom Kreditgeschäft mit Unternehmen (insbes. Gewerbeimmobiliensegment sowie Klein- und Mittelbetriebe) getrieben. Die NPL-Quote für Kredite an Haushalte verschlechterte sich demgegenüber nur leicht von 2,1 % Ende 2022 auf 2,3 % Ende 2023 (und 2,4 % im Juni 2024). Im europäischen Vergleich fiel der Rückgang der Kreditqualität bei österreichischen Banken deutlich höher aus als in anderen Ländern (allerdings von guten Niveaus kommend).

Kreditnachfrage in Österreich bleibt gedämpft, gesunkene Zinsen und höhere Einkommen geben positiven Impuls

Die im Jahr 2024 anhaltend schwache Kreditnachfrage spiegelt das herausfordernde wirtschaftliche Umfeld wider. Insbesondere die Zurückhaltung bei Anlageinvestitionen dämpfte die Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Zuletzt gesunkene Finanzierungskosten sowie höhere Realeinkommen lassen unterdessen die Nachfrage nach Wohnbaukrediten sogar wieder leicht steigen.

² Von dieser CESEE-Definition ist auch Russland umfasst.

Nachhaltige Vergabestandards bei Wohnimmobilienkrediten stärken Finanzmarktstabilität

Kreditnehmerbezogene Maßnahmen adressieren systemische Risiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung in Österreich effektiv und werden international als strukturell wichtige Maßnahme und als in Europa üblicher Standard gesehen. Seit Einführung der Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-V)³ haben sich die Vergabestandards bei Wohnimmobilienkrediten in Österreich signifikant verbessert. So stieg der Anteil an Krediten, die als nachhaltig klassifiziert werden, von 12 % auf 84 % stark an (Stand: erstes Halbjahr 2024). Die Tatsache, dass seit Einführung der Maßnahme rund 1,5 Mrd EUR der verfügbaren Ausnahmekontingente ungenutzt blieben, deutet darauf hin, dass die Neukreditvergabe durch diese makroprudenzielle Maßnahme insgesamt nicht eingeschränkt wurde. Im vierten Quartal 2024 und im ersten Quartal 2025 soll die Maßnahme evaluiert werden. Nachhaltige Kreditvergabestandards sind auch für die Ratingeinschätzungen des gesamten österreichischen Bankensektors und Finanzmarkts bedeutend.

FMSG veröffentlicht Empfehlungen zum sektoralen Systemrisikopuffer, zum allgemeinen Systemrisikopuffer, OSII-Puffer und Antizyklischen Kapitalpuffer

Gewerbeimmobilienfinanzierungen machen einen großen Anteil an der Bilanzsumme österreichischer Banken aus. Auch im internationalen Vergleich ist sowohl das Volumen als auch die Risikostruktur auffällig. Insbesondere der Anteil der Gewerbeimmobilienfinanzierungen mit hoher Beleihungsquote oder ohne Sicherheiten ist markant. Gleichzeitig sind die Risiken, insbesondere seit den Zinsanstiegen beginnend mit Mitte 2022 im Bereich der Gewerbeimmobilienfinanzierungen angestiegen. Sowohl die Kreditausfälle als auch die Wertberichtigungen haben sich merklich erhöht. Die Risikoentwicklung wurde auch im Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) diskutiert. Auf Basis einer Systemrisikoanalyse der OeNB hat das FMSG in der 41. Sitzung festgestellt, dass von den im Falle einer weiteren Verschlechterung des Umfelds einhergehenden potenziellen Verlusten aus Gewerbeimmobilienkrediten, ein erhöhtes Risiko für die Finanzmarktstabilität in Österreich ausgehen kann. Zur Adressierung dieser Risiken hat das FMSG daher in seiner 42. Sitzung die Einführung eines sektoralen Systemrisikopuffers von zunächst 1 % ab Juli 2025 für Gewerbeimmobilienkredite österreichischer Banken an inländische nichtfinanzielle Unternehmen der ÖNACE 2025-Sektoren „F 41 Hochbau“, „F 43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe“ und „M 68 Grundstücks- und Wohnungswesen“ empfohlen. Der Puffer stellt Kapital zur Abdeckung zusätzlicher Verluste für den Fall einer ungünstigen wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung, ohne die wirtschaftlichen Aktivitäten einzuschränken.

In seiner 42. Sitzung hat das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) neben seiner Empfehlung für den Einsatz eines sektoralen Systemrisikopuffers zur Eindämmung der systemischen Risiken aus Gewerbeimmobilienfinanzierungen auch Empfehlungen für den Einsatz des allgemeinen Systemrisikopuffers und des Systemrelevante Institute-Puffers (OSII-Puffer) sowie zur Beibehaltung des Antizyklischen Kapitalpuffers in Höhe von 0 % veröffentlicht. Alle Empfehlungen wurden gemäß des gesetzlichen Auftrags nach § 44c Nationalbankgesetz von der OeNB vorbereitet. Für den allgemeinen Systemrisikopuffer und den OSII-Puffer wurde empfohlen, die Einschleifphase, die im Jahr 2022 vor dem Hintergrund erhöhter Unsicherheiten als notwendig erachtet wurde, abzuschließen, sowie neue Bandbreiten für die Bemessung des

³ [FMA-Verordnungen - FMA Österreich](#).

OSII-Puffers einzuführen, um eine nach der Höhe der Systemrelevanz differenziertere Pufferhöhe, wie sie auch international üblich ist, zu gewährleisten. Details zu allen Empfehlungen finden sich auf der Homepage des Gremiums (<https://www.fmsg.at>).

Maßnahmen der Banken und Aufsicht führen zu resilientem Bankensektor und positiver externer Einschätzung

Durch aufsichtliche Maßnahmen, insbesondere betreffend die nachhaltige Kreditvergabe und Kapitalisierung, sowie aufgrund von Maßnahmen der Banken selbst (insbesondere im Hinblick auf die Kapitalausstattung) konnte die Finanzmarktstabilität in Österreich weiter gestärkt werden. Dies schlug sich auch in den jüngsten Bewertungen durch die Ratingagenturen nieder. Ende August 2024 bestätigte S&P Global Ratings in seinem *Banking Industry Country Risk Assessment* (BICRA) eine Bewertung von „2“ für das österreichische Bankensystem und reihte dieses somit unter die höchstbewerteten Bankensysteme weltweit ein. Die Resilienz erhöhenden Maßnahmen sollten gerade im aktuellen Umfeld beibehalten werden, damit die Banken die Herausforderungen auch weiterhin meistern können, und um das gute Rating, das sich auch in den Refinanzierungskosten widerspiegelt, halten zu können.

OeNB-Stresstest: Bankensektor ist auch in Krisen widerstandsfähig, jedoch Herausforderungen durch sinkende Zinsmargen und Immobilienrisiken

Die OeNB führt im Rahmen ihres gesetzlichen Doppelmandats für Bankenaufsicht und Finanzstabilität jährliche Stresstests für alle österreichischen Banken durch. Diese beurteilen die Widerstandsfähigkeit der Banken gegenüber negativen makroökonomischen Schocks und geben Aufschluss über bankspezifische und systemweite Schwachstellen sowie Ansteckungseffekte. Der jüngste Stresstest basiert auf Daten zum Jahresende 2023 und deckt den Zeitraum von 2024 bis 2026 ab. Ein hypothetisches adverses makroökonomisches Szenario geht von einem globalen Abschwung aus, wobei ein Wirtschaftseinbruch in China zu Spillover-Effekten im Euroraum führt. Dadurch kommt es in Österreich und bei den wichtigsten Wirtschaftspartnern zu einem deutlichen BIP-Rückgang. Eine weitere Eskalation des russischen Krieges gegen die Ukraine lässt die Energiepreise steigen, was in besonders gasabhängigen Ländern (Österreich, Ungarn, Slowakei) deutlich spürbar ist und die Inflation treibt. Diese sinkt zwar auch im adversen Szenario deutlich, bleibt damit aber über dem Durchschnitt des Euroraums. Das Szenario unterstellt weiters ein Sinken der Zinsen. Im adversen Szenario sinkt die aggregierte harte Kernkapitalquote des österreichischen Bankensystems von 17,6 % (Ende 2023) auf 12,2 % (Ende 2026), ein Impact von 5,4 Prozentpunkten. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Impact um 1,2 Prozentpunkte höher. Dies liegt einerseits an höheren Kreditrisiken, insbesondere im Bereich der gewerblichen Immobilien. Andererseits leidet der Zinsüberschuss im fallenden Zinsumfeld. Die Zinsmargen bewegen sich wieder in Regionen, wie sie um 2021 vorgeherrscht haben. Durch die außergewöhnlich gute Profitabilität im Jahr 2023 konnten die österreichischen Banken ihre Kapitalisierung allerdings um 1,2 Prozentpunkte verbessern. Insgesamt zeigt der Stresstest, dass das österreichische Bankensystem gut aufgestellt ist, um erheblichen makroökonomischen Schocks standzuhalten. Selbst im adversen Szenario bleiben die Kapitalquoten deutlich über jenen vor der Finanzkrise 2007/2008. In einer zusätzlichen Analyse, die in einer Studie im FSR veröffentlicht wurde, wurden zudem erstmals dynamische Effekte wie Kreditwachstum und Bankreaktionen in einem Stresstest untersucht. Dabei zeigte sich, dass gut kapitalisierte Banken auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wachsen können. Dies unterstreicht einmal mehr, wie wichtig eine gute

Kapitalisierung im Bankensektor ist, um auch in Krisen die Kreditversorgung der Wirtschaft zu gewährleisten.

Empfehlungen der OeNB zur Stärkung der österreichischen Finanzstabilität im Rahmen des Financial Stability Report vom November 2024

Um für zukünftige Herausforderungen gewappnet zu sein und die Finanzstabilität weiter zu stärken, empfiehlt die OeNB den Banken:

- die Absicherung bzw., wo notwendig, weitere Stärkung der Kapitalbasis durch Zurückhaltung bei Gewinnausschüttungen,
- die Sicherstellung nachhaltiger Vergabestandards bei Immobilienkrediten sowie die Vorbereitung auf strengere aufsichtliche Anforderungen für Gewerbeimmobilienkredite,
- die adäquate Risikosteuerung, einschließlich höherer Wertberichtigungen und einer konservativen Sicherheitenbewertung, sowie
- die Sicherung einer nachhaltigen Profitabilität durch Kostendisziplin und Investitionen sowohl in Informationstechnologien als auch zum Schutz vor Cyberrisiken und Investitionen zum Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels.

III. Barer Zahlungsverkehr

Bargeld Board

Im Bargeld Board der OeNB gab es im 1. Halbjahr 2024 einen intensiven Austausch mit den Banken zum Thema „Versorgungssicherheit“. Parallel dazu fanden bilaterale Gespräche zwischen dem Österreichischen Gemeindebund und den Bankenvertretern statt. Diese Gespräche führten zum Erfolg: Ende Juni 2024 wurde eine Vereinbarung zwischen den Banken, vertreten durch die WKO-Bundessparte Bank und Versicherung, und dem Gemeindebund abgeschlossen.

Vereinbarung zwischen dem Gemeindebund und den Banken

Inhalt der Vereinbarung zwischen dem Österreichischen Gemeindebund und den Banken ist ein „Moratorium“ für bestehende Standorte von Geldausgabeautomaten.

Gemäß dem Text des Moratoriums müssen alle Standorte von Geldausgabeautomaten zum Stand vom 1. Jänner 2024 für fünf Jahre bestehen bleiben. Eine Standortverlegung kann nur mit Zustimmung der Standort-Gemeinde erfolgen. Hinsichtlich der Errichtung neuer Geldausgabeautomaten auf Initiative der Gemeinde sieht die Vereinbarung ein Einvernehmen mit den Banken/Payment Service Austria GmbH (PSA) vor. Die Vereinbarung entfaltet auch keine Wirkung auf bestehende bilaterale Vereinbarungen von Gemeinden mit den Banken, der Payment Service Austria GmbH oder Drittanbietern.

Das Moratorium gilt für fünf Jahre ab Unterzeichnung bis zum 31. Dezember 2029.

Vereinbarung zwischen dem Gemeindebund und der OeNB (laufende Gespräche)

Um bestehende Versorgungslücken vor allem im ländlichen Raum zu schließen, ist zusätzlich eine Vereinbarung zwischen dem Österreichischen Gemeindebund und der OeNB geplant.

Derzeit gibt es in Österreich 329 Gemeinden, in denen weder ein Geldausgabeautomat noch eine Bankfiliale vorhanden sind. Geplant ist, dass in 100 bis maximal 120 dieser Gemeinden ein Geldausgabeautomat aufgestellt wird.

Die Kriterien für die Zuteilung dieser Geräte sind einerseits die Gemeindegröße/Einwohnerzahl, andererseits auch die Durchschnittsentfernung zum nächsten Geldausgabeautomaten. Ebenso sollen die Wirtschaftskraft und die Infrastruktur der Gemeinden in der Auswahl Berücksichtigung finden.

Die Vereinbarung soll fünf Jahre Gültigkeit haben.

Euro-Umlauf im Euroraum

Der gesamte Euro-Umlauf im Euroraum (Banknoten und Münzen) betrug per September 2024 rund 1,6 Bio EUR. Dieser Wert liegt um 39 Mrd EUR unter dem historischen Höchststand von 1,63 Bio EUR aus dem Juni 2022. Dieser Wert wurde kurz vor dem Ende der EZB-Negativzinsphase erreicht. Danach bauten einerseits Banken Bargeldbestände ab, andererseits stiegen auch Banknoteneinlieferungen von Ländern außerhalb des Euroraums stark an.

Seit dem Abbau der Bargeldbestände, der vor allem im 2. Halbjahr 2022 erfolgte, tendiert der Euro-Umlauf seitwärts. Zwischen September 2023 und September 2024 war ein leichter Anstieg von 5 Mrd EUR bzw. 0,3 % zu verzeichnen.

Kumulierte Banknotenaus- und -einlieferungen

Die kumulierten Auslieferungen von Banknoten lagen per Ende September 2024 bei 46,4 Mrd EUR. Dies ist ein Anstieg von 2,2 Mrd EUR bzw. 5 % gegenüber dem Vorjahr. Der Treiber für die höheren Auslieferungen ist eine hohe Nachfrage aus dem Ausland, die per Ende September 2024 mit 8 Mrd EUR um 2,9 Mrd EUR (+57 %) über dem Vorjahreswert lag. Die inländischen Auslieferungen gingen hingegen in den ersten Quartalen gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,9 % zurück.

Die kumulierten Einlieferungen lagen per Ende September 2024 mit 62,3 Mrd EUR geringfügig unter dem Vorjahresniveau (−0,6 Mrd EUR bzw. −1 %). Während die Einlieferungen aus dem internationalen Valutengroßhandel weiterhin sehr rege sind (+5,2 %), sanken die Einlieferungen aus dem Inland um 4,4 %. Insgesamt ist jedoch das Einlieferungsvolumen weiterhin sehr hoch und liegt noch immer deutlich über dem Wert von 2022, als nach der EZB-Zinswende große Mengen an Bargeldreserven durch die Banken abgebaut wurden (59,3 Mrd EUR per September 2022).

Bargeldeinlieferungen werden als ein guter Gradmesser für das wirtschaftliche Aktivitätsniveau in Österreich gesehen. Ein Grund für das Sinken der inländischen Einlieferungen liegt in der derzeitigen Rezession. Der private Konsum sank im 2. Quartal 2024 gegenüber der Vorjahresperiode um 1,1 %, was sich in geringeren Banknoteneinlieferungen, aber auch in niedrigeren Auslieferungen niedergeschlagen haben könnte. Ein weiterer Grund dürfte der gesunkene Anteil von Bargeld bei Point-of-Sale-Transaktionen sein.

IV. Digitaler Euro

Kontext

Der digitale Euro – das einzige digitale gesetzliche Zahlungsmittel im gesamten Euroraum

Als digitales gesetzliches Zahlungsmittel im Euroraum soll der digitale Euro künftig sein physisches Äquivalent Bargeld ergänzen. Er wird Bürger:innen im gesamten Euroraum kostenfrei zur Verfügung stehen und bargeldähnliche Eigenschaften in den digitalen Raum bringen.

Aktivitäten auf EU-Ebene

Legislative Arbeiten sind auf Schiene und gehen in die richtige Richtung

Parallel zu den technischen Arbeiten des Eurosystems am digitalen Euro, laufen bei den europäischen Institutionen die Arbeiten zum Gesetzgebungsprozess. Der von der Europäischen Kommission im Juni 2023 präsentierte Gesetzesvorschlag für einen digitalen Euro bildet eine gute Basis für die bisherigen und künftigen Verhandlungen auf EU-Ebene. Zentral hierbei sind die beiden Ko-Gesetzgeber: Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union.

Im Europäischen Parlament ist dafür der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) zuständig; Berichterstatter wird – so wie bereits in der letzten Legislaturperiode – der Deutsche Stefan Berger sein. Beim Rat der Europäischen Union tagt die zuständige Ratsarbeitsgruppe laufend im Zuge des aktuellen ungarischen EU-Ratsvorsitzes.

Die finale Verordnung kann für das 4. Quartal 2025 bzw. das 1. Quartal 2026 erwartet werden.

Technische Arbeiten

Bei der Ausschreibung der extern zu beschaffenden Komponenten für den digitalen Euro wurde mit der Auswertung der Bewerbungen begonnen.

Aktivitäten auf nationaler Ebene in Österreich

Die OeNB ist mit dem Forum digitaler Euro auf nationaler Ebene aktiv. Es wurden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen eingerichtet. Die Arbeitsgruppe zur Analyse der Auswirkungen auf Finanzintermediäre wurde bereits abgeschlossen. In der Arbeitsgruppe zu finanzieller Inklusion läuft ein konstruktiver Austausch mit den Interessenvertretern und Stakeholdern. Die Arbeitsgruppe zu Betrugsmanagement hat ebenso mit ihrer Tätigkeit begonnen.

Weiters finden laufend Fachveranstaltungen mit unterschiedlichen Stakeholdern statt – so etwa die OeNB-Konferenz „Economics of Payment“ im September 2024. Außerdem findet jährlich eine durch Pressevertreter begleitete Großveranstaltung, das Open Forum digitaler Euro und Zahlungsverkehr, statt.

Zeitplan

Aktuell läuft im Eurosystem auf technischer Ebene die erste Vorbereitungsphase zur Entwicklung des digitalen Euro. Im Fokus stehen nun die Auswahl der Anbieter der einzelnen technischen Komponenten, die Aktualisierung des technischen Regelwerks für Marktteilnehmer sowie die Festlegung der Parameter für die Finanzmarktstabilität (Haltegrenzen, Offline-Verwendung). Zudem werden die Bedürfnisse einzelner Nutzergruppen erhoben – vor allem auch vulnerabler Gruppen – um sie beim Design des digitalen Euro adäquat berücksichtigen zu können. Die aktuelle Phase wird bis zum 3. Quartal 2025 laufen. Danach würde, abhängig vom Beschluss des EZB-Rates, eine neue Phase – die zweite Vorbereitungsphase – eingeleitet werden.